

ZSZ links 2015-11-23



BiS Frühling 2017 entstehen mit der Grossüberbauung «Four Sisters» 50 kostengünstige Genossenschaftswohnungen.

Archiv Kurt Heuberger

## Initiative «Wohnen für alle» findet beim Stimmvolk keine Mehrheit

**WÄDENSWIL** Die Stimmberechtigten sprachen sich gestern an der Urne gegen die Volksinitiative «Wohnen für alle» aus. Auch der Gegenvorschlag des Gemeinderates wurde abgelehnt.

Die SP-Initiative «Wohnen für alle» verlangte, dass langfristig 20 Prozent aller Mietwohnungen nach dem Kostenmietprinzip (Kosten plus faire Rendite) vermietet werden. Das kam beim Stimmvolk nicht besonders gut an. Mit 3471 Nein- zu 2213 Ja-Stimmen verwarfen die Stimmbürger diese Volksinitiative.

### Gegenvorschlag abgelehnt

Der Gegenvorschlag des Gemeinderats zur Volksinitiative sah die Förderung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus durch eine Ergänzung der Gemeindeordnung vor. Die Stadt Wädenswil

sollte die Zusammenarbeit mit gemeinnützigen Wohnbauträgern suchen und sich für die Schaffung und die Erhaltung von preisgünstigem Wohnraum nach dem Kostenmietprinzip einsetzen. Auf konkrete Zahlen oder Fristen wäre verzichtet worden. Auch der Gegenvorschlag wurde mit 3093 Nein- zu 2356 Ja-Stimmen abgelehnt.

Stadtpräsident Philipp Kutter (CVP) zeigte sich mit den Resultaten sehr zufrieden. «Den Ausgang der Abstimmung habe ich so erwartet.» Der Stadtrat sei sich der Problematik wohl bewusst, dass mehr günstiger Wohnraum

geschaffen werden müsse, sagt Kutter, und er teile das Anliegen der Initianten.

«Mit unserer Wohnbaustrategie und raumplanerischen Massnahmen fördern wir bereits preisgünstigen Wohnraum und wollen ebenso neue und günstige Wohnungen schaffen», betont Kutter. Zu dem Viersäulenprinzip gehöre beispielsweise auch der städtische Fonds von drei Millionen Franken zur Finanzierung von erschwinglichem Familienwohnraum. Zudem möchte die Stadt in Zukunft vermehrt Gewerbeliegenschaften zu Mietwohnungen umnutzen.

Den Grund für die Ablehnung des Gegenvorschlags sieht Kutter auch darin, dass «die Mehrheit der Stimmberechtigten die För-

derung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus nicht mit einer Ergänzung in der Gemeindeordnung verankern möchte». Der Ja-Stimmen-Anteil von über 43 Prozent bezeichnete er dennoch als beachtlich und zeige, wie wichtig eine Wohnraumpolitik sei.

### Ohne Steuergelder

Gemeinderat Hansjörg Schmid (SP) zeigt sich über das Resultat enttäuscht. «Ich hätte vor allem nicht erwartet, dass der Gegenvorschlag abgelehnt würde.»

Schmid ist überzeugt, dass sich die Stimmbürger von der Einschüchterungskampagne der SVP und FDP hätten beeinflussen lassen. «Weder hätte die Annahme der Initiative etwas mit subventioniertem Wohnungsbau zu tun

gehabt, den Steuerzahler etwas gekostet, noch wäre für das Erreichen dieses Zieles irgendeine Frist gesetzt worden», betont Schmid.

«Die SP stand beim Abstimmungskampf praktisch alleine da», sagt Parteipräsidentin Beatrice Gmür (SP). «Das Votum der rund 45 Prozent der Stimmberechtigten, die eine aktive Wohnraumpolitik gefordert hätten, darf nicht ignoriert werden.»

### Nur 5 Prozent

Hansjörg Schmid hält fest, dass der Anteil an Genossenschaftswohnungen in Wädenswil nur rund fünf Prozent beträgt. «Wir werden weiter für günstigen und bezahlbaren Wohnraum kämpfen.»

Philipp Dreyer